

**Fiskus am Zug**  
Bald ist die Bundessteuer fällig. Der «Bund» erklärt, wo Ihr Geld landet. 2

**Gold im Skicross**  
Fanny Smith beschert dem starken Schweizer Team den ersten WM-Titel. 13

**Jugend am Bahnhof**  
Treffpunkt im Spannungsfeld zwischen Freiraum und Konsumzwang. 19



**Til Schweiger**  
Als «Tatort»-Kommissar ist der Populär-Schauspieler durchaus tragbar. 36

AZ 3000 Bern 1

# Der Bund

Montag, 11. März 2013 – 164. Jahrgang, Nr. 58 – Fr. 3.90 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung – gegründet 1850

## Heute im «Bund»

**Kenia**  
Der in Den Haag angeklagte Kenyatta wird Präsident

Uhuru Kenyatta ist bereits im ersten Wahlgang zum kenianischen Staatschef gewählt worden. Der 51-jährige Chef der Jubilee-Allianz ist der Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt. – *Kommentar und Bericht Seite 3*

**Fukushima**  
Die Opfer kämpfen gegen das Vergessen

Heute jährt sich die Atomkatastrophe von Fukushima zum zweiten Mal. Die Bewohner des verstrahlten und durch Erdbeben und Tsunami verseuchten Gebiets leben im permanenten Provisorium. – *Seiten 5 und 20*

**Ski alpin**  
Frühlingsgefühle dank Holdener und Aerni

Vor dem Finale in der Lenzerheide kommen die Schweizer in Fahrt: Wendy Holdener wird Zweite und der Berner Luca Aerni prescht mit Bestzeit im 2. Lauf auf Rang 12 vor. – *Seiten 14 und 18*

**Stadt Bern**  
Nach dem Knatsch: Schafft die FDP den Neustart?

Drei Monate nach der Wahlniederlage ist in der FDP ein offener Streit entbrannt. Welche Lager stehen sich gegenüber? Und wer hat beim Neustart die besseren Karten? Eine Analyse. – *Seite 21*

**Kanton Bern**  
Rentner leiden unter den Sparmassnahmen

Mitgeteilt worden war es ihnen in einer etwas «technischen» Sprache. Auf dem Konto aber wird es greifbar: Ein Teil der bernischen Rentner erhält deutlich weniger Ergänzungsleistungen. – *Seite 25*

**Kultur**  
Die Frau im Zentrum der Konflikte

Je besser die Stellung der Frau, desto weniger anfällig für Radikalismus ist die entsprechende Gesellschaft, sagt der Soziologe David Jacobson in seinem neuen Buch. – *Seite 29*

## Meinung & Analyse

**«Viel gelacht und gut gestritten wird nur, wo ein Team engagiert arbeitet.»**

Jean-Martin Büttner gegen die Heimarbeit, fürs Büro. – *Seite 10*

## Service

Meinungen/Leserbriefe – 10/26

Wetter – 26

Fernsehen & Radio – 27

Berner Kultur – 30

Kinoprogramm – 32

Todesanzeigen/Danksagungen – 34

## Nun nimmt sich Thomas Minder der Zuwanderung an

Der Vater der Abzockerinitiative unterstützt die Initiativen zur Begrenzung der Einwanderung der SVP und des Ecopop-Komitees.

**Markus Brotschi**

Die Befürworter der Personenfreizügigkeit müssen sich in den kommenden drei Jahren auf enorm schwierige Abstimmungskämpfe einstellen. Neben der SVP will auch das ökologisch-wachstumskritische Ecopop-Komitee mit einer Volksinitiative die Zuwanderung einschränken. Während die SVP für ihre Masseneinwanderungsinitiative auf kampferprobte Exponenten setzen kann, sind die führenden Köpfe von Ecopop noch wenig bekannt. Doch nun erhält die Ecopop-Initiative Unterstützung von Thomas Minder, der sich mit der Abzockerinitiative vor einer Woche gegen das bürgerliche Lager und die

Wirtschaftsverbände durchsetzte. Minder hält die Zuwanderung von jährlich 80 000 Menschen für zu hoch. «So kann es nicht weitergehen. Ich unterstütze die Ecopop-Initiative», sagte er der Zeitung «Sonntag». Der parteilose Ständerat begrüsst auch die Initiative der SVP, deren Fraktion er angehört.

**Franz Weber mit im Boot**

Anders als die SVP-Initiative genießt jene von Ecopop unter wachstumskritischen Anhängern von links bis rechts Sympathien. Zu den prominenten Unterstützern gehört neben Minder der Umweltaktivist Franz Weber, der letztes Jahr mit seiner Zweitwohnungsinitiative

Erfolg hatte. Und auch einige SVP-Parlamentarier unterstützen nicht nur die eigene, sondern auch die Ecopop-Initiative. Diese Konstellation ist für die Befürworter der Personenfreizügigkeit besonders schwierig. Bei der SVP-Initiative haben sie zumindest einen klaren Gegner. Die SVP-Initiative gegen die «Massenzuwanderung» kommt voraussichtlich 2014 zur Abstimmung und will die Einwanderung wieder über Kontingente steuern, ohne eine zahlenmässige Limite festzulegen. Über die Ecopop-Initiative wird 2015 oder 2016 abgestimmt. Sie begrenzt die Einwanderung auf jährlich 0,2 Prozent der Schweizer Bevölkerung. – *Seite 7*

## YB hinkt hinterher



Foto: Georgios Kefalas (Keystone)

Das 0:3 beim FC Basel bedeutete für die Young Boys die sechste Auswärtsniederlage in Serie. Lange zeigten sie sich ebenbürtig, nach dem 1:0 durch Alex Frei (37.) konnten sie aber nicht mehr mithalten. Symbolisch das Bild: Pascal Doubaï gegen Philipp Degen. (bd) – *Seite 11*

## Servette bringt den SC Bern in eine prekäre Lage

Im Playoff-Viertelfinal steht der SCB vor dem Ausscheiden. Der Finalist des Vorjahres verlor am Samstag in Genf zum dritten Mal hintereinander (1:2). Morgen kann Servette, eigentlich als Aussenseiter in die Best-of-7-Serie gestartet, in der Postfinance-Arena um den ersten von insgesamt drei Matchpucks spielen. Die Berner dagegen befinden sich mitten in einer Krise, die sich in der entscheidenden

Phase wohl ausgeweitet hat. Doch die Probleme begannen schon vor dem Playoff. So gewann das Team von Coach Antti Törmänen seit der letzten Nationalmannschaftspause nur noch zwei von neun Spielen. Mittendrin im Schlamassel steht Goalie Marco Bühler, der sich erneut nicht als erhoffter Rückhalt erwies und an beiden Gegentreffern Mitschuld trug. (bud) – *Seiten 11 und 18*

## Dem Kanton Bern läuft das Personal nicht in Scharen weg

Wie berechtigt sind die Lohnanliegen der Personalverbände, die am Samstag auf die Strasse gehen wollen? Steht es personalpolitisch im Kanton Bern wirklich so schlecht? Adrian Ritz, Experte für öffentliche Verwaltung am Kompetenzzentrum für Public Management an der Uni Bern, relativiert und differenziert die Lage: «In Scharen laufen die Mitarbeitenden dem Kanton nicht weg.»

Auch müssten andere Faktoren als nur der Lohn berücksichtigt werden. Für den Professor ist aber auch klar, dass der Kanton Bern, der im Vergleich zu anderen Kantonen schlechtere Löhne zahle, so nicht weitermachen könne. Ohne Perspektiven würden die gut qualifizierten Kaderangestellten zunehmend zu Staatsbetrieben oder Bundes- und Stadtverwaltung wechseln. (mob) – *Seite 23*

**«Einfach – luxuriös»**  
in Gstaad Seite 33

**Redaktion** Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12, Internet www.derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch  
**Verlag** Der Bund, c/o Espace Media AG, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 31 11, Fax 031 330 36 86 **Inserate** Berner Zeitung, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Fax 031 330 35 71, Mail: inserate@espacemedia.ch **Abonnemente** Tel. 0844 385 144 (Lokalтариф), Mail: abo@derbund.ch



9 771421 176001 10011

## Bern

# «Stimmt der Arbeitsinhalt, dann verlässt man den Job nicht wegen eines besseren Angebots»

Schlecht gehe es dem Kantonspersonal in Bern keineswegs, sagt der Verwaltungsexperte der Uni Bern. Vorsicht sei aber angebracht.

## Interview: Marcello Odermatt

**Herr Ritz, die Personalverbände zeichnen im Hinblick auf die Demonstration vom 16. März ein düsteres Bild des Kantons: zu tiefe, nicht konkurrenzfähige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen, mehr Druck. Ist es so schlimm?**

Natürlich ist es nicht so düster. Die Mitarbeitenden laufen der Staatsverwaltung nicht in Scharen davon. Die Nettofluktuation betrug in den letzten zehn Jahren maximal 5,5 Prozent. Das ist tief, wie im öffentlichen Sektor üblich. In der Privatwirtschaft ist die Quote höher.

## Also alles halb so wild?

Das würde ich nicht sagen. Der Kanton Bern ist in den letzten zehn Jahren in Rücklage geraten. Die Löhne des Staatspersonals liegen im kantonalen Vergleich zurück, die der Lehrer gar auf den hintersten Rängen. Besonders bei leistungsstarken Personen zwischen 30 und 45 zahlt Bern unterdurchschnittlich.

## Das heisst?

Der Lohnrückstand im Kanton Bern beträgt rund 10 Prozent. Dies gegenüber den Soll-Annahmen von 1997. Über Sinn und Zweck der Soll-Annahmen kann man natürlich diskutieren. Hinzu kommt aber der nicht gewährte Teuerungsausgleich von 8 Prozent. Bedenkt man, dass auch privatwirtschaftliche Grossunternehmen jährlich Lohnzuwachs anstreben, dann ist es nachvollziehbar, dass ein Kanton leistungsabhängige Lohnanstiege ermöglichen muss. Es geht darum, die Leute zu halten.

## Aber ist es notwendig, deswegen auf die Strasse zu gehen und auch noch mit Streik zu drohen?

Es ist ein Mittel, um Druck zu machen. Die Kundgebung hat neben der Lohnsituation noch andere Gründe, zum Beispiel die Sanierung der Pensionskassen: Die Leute fürchten sich, länger arbeiten und höhere Beiträge für weniger Leistung zahlen zu müssen. Und nicht zu vergessen ist das drohende Sanierungspaket. Da kommt einiges zusammen, was den Topf zum Kochen bringt.

## Verdienen Berns Staatsangestellte im interkantonalen Vergleich schlecht?

Betrachten wir den Medianlohn, also den Mittelwert aller Löhne, oberhalb dem die eine Hälfte mehr, die andere Hälfte weniger verdient, dann ist es zumindest so: Bern zahlt schlechter. Der Monatslohn liegt hier fast überall 500 bis 1500 Franken tiefer. Das hängt allerdings auch damit zusammen, dass der Wirtschaftsraum Mittelland nicht dieselbe Wirtschaftskraft aufweist wie andere Regionen, etwa der Raum Zürich.

## An diesen regionalen Unterschieden ist langfristig nicht viel zu ändern.

Das ist so. Und wenn, dann können diese Unterschiede nicht einfach via Lohnzettel ausgeglichen werden. Die Produktivität von Wirtschaft und Verwaltung muss steigen. Gefährlich wird es, wo staatliche Löhne zu stark ins Hintertreffen geraten. Mittelfristig sinkt die Qualität der Arbeit. Und diese ist international betrachtet eine Stärke der Schweiz. Wir haben eine gute, schlanke Verwaltung, die bei den Löhnen konkurrenzfähig ist. Ein Zusammenhang besteht zudem zwischen tiefen Beamtensalären und Korruption. Doch so weit sind wir nicht.

## Wo liegt also das Problem?

Beim Kanton fehlt es lohnässig an Perspektiven. In den letzten 15 Jahren wurden die personalrechtlichen Grundlagen so geändert, dass die Perspektive, in

absehbarer Zeit das Lohnmaximum zu erreichen, in weite Ferne rückte. So wurden die Lohnstufen von 40 auf 80 erweitert. Auf einen Schlag fiel bei den Angestellten der Lohnstufenanstieg um die Hälfte weg. Bis man das Maximum erreicht, geht es doppelt so lange. Das ist im Vergleich zum Bund augenfällig: 50 Prozent der Angestellten haben das Maximum erreicht. Beim Kanton Bern sind es rund 3 Prozent. Ein jüngerer bernischer Angestellter kann sich noch so anstrengen, den Maximallohn erreicht er bei gleichbleibender Lohnpolitik nicht.

## Weshalb dieser grosse Unterschied?

Im Kanton Bern existiert – im Gegensatz zum Bund – kein Automatismus bei der Lohnentwicklung. Macht ein kantonaler Strassenmeister seinen Job noch so gut, auf eine Lohnanpassung kann er nicht zählen. Im Kanton entscheidet die Politik, ob Lohnerhöhungen aufgrund des Budgets drinliegen oder nicht. Und diese sagte in den letzten Jahren oft, es gibt nichts. Beim Bund ist das nicht möglich. Erreicht ein Angestellter die Ziele, impliziert dies automatisch mehr Geld im Folgejahr. Das System kennt einen leistungsorientierten Automatismus.

## Ist das ein sinnvoller Mechanismus?

Aus meiner Sicht nicht. Er ist problematisch, weil er der Politik keine Flexibilität gewährt. Zudem sind die Erfahrungen mit Lohn- und Beförderungsaufstiegen in der öffentlichen Verwaltung nicht sehr gut. Das System verhält sich selbstständig. Ein politischer Entscheid, der sich am Finanzhaushalt orientiert, muss möglich sein. Hingegen denke ich, dass der Kanton Bern bei den Rotationsgewinnen kulanter sein sollte.

## Was heisst das?

Dabei geht es um Geld, das frei wird, wenn ein langjähriger Angestellter mit hohem Lohn in Pension geht. Dieses Geld sollte jährlich für den leistungsabhängigen Lohnanstieg eingesetzt werden. Denn die Lohnsumme erhöht sich so nicht, die Arbeitgeberattraktivität aber schon. Der Kanton Bern hat bisher stets Rotationsgewinne eingespart. Damit hat das Staatspersonal regelmässig einen Sparbeitrag geleistet.

## Das ist doch angesichts der finanziellen Situation des Kantons auch verständlich.

Ja, auch in der Verwaltung soll beim Personalaufwand gespart werden. Personalabbau ist heute ebenfalls kein Tabu mehr. Doch die Politik muss sich der Gefahr einer Aushöhlung des leistungsorientierten Lohnsystems bewusst werden. Top-Mitarbeitende haben einmal genug von leeren Versprechungen. Hängt die Rübe immer höher, springt der Hase plötzlich nicht mehr nach oben, sondern zur Seite.

## Also zu einem anderen Arbeitgeber.

Genau. Gerade in der Verwaltungstadt Bern spielt die Konkurrenz um gute Mitarbeitende. Insgesamt ist das gut, doch für den Kanton macht es die Lage nicht einfach. Denn nebst dem Bund bessert auch die Stadtverwaltung ihre Lohnsituation auf. Dazu kommen Swisscom, Post und SBB, die in Jobverhandlungen kantonale Lohnangebote überbieten.

## Aber Sie sagten, die Leute liefen dem Kanton ja offenbar nicht davon.

Nicht die Masse, doch vermehrt Gutqualifizierte und Kaderpersonen: Ab einer Funktion mit 110 000 Franken Jahreslohn geht die Lohnschere im Vergleich zur Privatwirtschaft stark auseinander. Ein Job im unteren Kader in der Verwaltung ist bis 110 000 Franken konkurrenzfähig. Steigt aber der Angestellte in der Verwaltung auf, also zum Bereichsleiter, Amtschef oder Experten, wird der Lohnabstand zu einem Angestellten in der Privatwirtschaft oder beim Bund stetig grösser. Verschärft wirkt dieses Problem bei Neuanstellungen.

## Regierungsrat Pulver konnte für die Chefstelle in seinem Amt für Kultur aber doch rasch einen Spitzenbeamten aus dem Aargau abwerben.



«Geld ist zwar wichtig, aber nicht nur»: Adrian Ritz von der Uni Bern, Experte für die öffentliche Verwaltung. Foto: Adrian Moser

Der Kanton Aargau zahlt tatsächlich nicht schlecht. Hierbei handelt es sich aber um eine zupackende Führungsperson, die eine neue Herausforderung gesucht hat. Der Lohn spielte da keine so grosse Rolle. Dazu kam wohl auch der Anreiz, mit einem national bekannten Erziehungsdirektor zusammenzuarbeiten, der ihm Gestaltungsräume bot.

## Also zählen auch andere Faktoren?

Ja. Geld ist zwar wichtig, aber nicht nur. Wer für Geld kommt, geht für Geld. Da ist Vorsicht angebracht. Stimmen Arbeitsinhalt und Umfeld, dann verlässt man den Job nicht nur wegen eines besseren Angebots. Personalabgänge hängen stärker vom Team, der Führung und den Entwicklungsperspektiven ab. Den Job fürs ganze Leben gibt es in der Verwaltung nicht mehr, und die Beschäftigungssicherheit hat abgenommen. Heute steht vermehrt die Frage im Zentrum, wie ich meine Arbeitsmarktfähigkeit für die Zukunft steigere. Vor allem Gutqualifizierte wollen neue Erfahrungen sammeln und Herausforderungen suchen.

## Kann die Verwaltung da mithalten?

Der öffentliche Sektor bietet eine Vielfalt an Stellen mit hoher Sinnerfüllung. Staatsangestellte leisten einen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft. Auch die Nähe zur Politik und entsprechende Möglichkeiten mitzugestalten gibt es sonst nirgends. Viele Verwaltungen bieten auch attraktive Arbeitszeit-

modelle. Letztlich geht es aber immer um die individuell empfundene Gerechtigkeit eines Mitarbeitenden im Vergleich zu anderen in ähnlichen Positionen. Hat der Angestellte das Gefühl, die Vergleichspersonen sind insgesamt bessergestellt, dann steigt die Unzufriedenheit. Damit der Kanton Bern nicht weiter ins Hintertreffen gerät, muss er den Lohnvergleich ernst nehmen.

## Dann braucht es einen verlässlichen Lohnanstieg, wie dies Lehrer und Staatspersonal verlangen?

Verlässlich ja, aber kein Automatismus.

## Gerade die Lehrer hätten aber wieder gerne mehr Automatismus.

Das hat damit zu tun, dass bei Lehrpersonen oder Pfarrern die Leistungsbeurteilung schwieriger ist. Eine qualitativ gute Beurteilung ist da oft aufwendig, weil es keine Vorgesetzten gibt oder der Erfolg stark vom «Kunden» abhängt. Ein Automatismus im Sinne, dass es keine jährliche Leistungsbeurteilung gibt und stattdessen ein tiefer Lohnstufenanstieg automatisch gewährt wird, kann hier sinnvoll und kostengünstiger sein. Das impliziert jedoch keinen Automatismus, der den Lohnanstieg vom Finanzhaushalt loslöst. Zudem darf man nicht vergessen, dass der Lehrberuf über viele positive Seiten verfügt: Selbstständigkeit, Freiräume, keine unmittelbar Vorgesetzten und nicht per se tiefe Löhne.

## Adrian Ritz

Adrian Ritz ist Professor für Betriebswirtschaftslehre des öffentlichen Sektors am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern. Er hatte u. a. eine Gastprofessur an der Universität der Bundeswehr in München inne und forschte in den USA an der Indiana University, School for Public and Environmental Affairs, sowie an der University of Georgia, School of Public and International Affairs. Seine Forschungsarbeiten befassen sich mit Führungs-, Motivations- und Personalfragen öffentlich Angestellter, insbesondere mit der Rolle spezifischer Motivationsfaktoren im öffentlichen Kontext. Zudem ist er für Vortrags- und Beratungstätigkeiten im In- und Ausland tätig. (mob)

«Hängt die Rübe immer höher, springt der Hase plötzlich zur Seite.»

Anzeige

**newhome.ch**  
BEKB BCBE